

## Globaler Terror – Obamas schmutziger Krieg

Von Alexander Bahar

7. Januar 2014

**Im Januar 2012 hatte US-Präsident Barack Obama erstmals bestätigt, dass die USA einen globalen geheimen Drohnenkrieg gegen die „Feinde Amerikas“ führen. Am 23. September 2013 rühmte er sich und seine Regierung vor der UN-Vollversammlung, sie habe „den Einsatz von Drohnen so begrenzt, dass sie nur diejenigen angreifen, die eine dauerhafte, unmittelbare Bedrohung darstellen“, und dass es „nahezu sicher ist, dass es keine zivilen Todesopfer mehr gibt.“ Spätestens das Mitte Dezember vorigen Jahres durch eine US-Drohnenangriff auf eine Hochzeitsgesellschaft im Jemen verursachte Blutbad strafte Obama Lügen.**

Es war mehr als nur ein symbolischer Akt, als US-Präsident Barack Obama am 25. April 2013 anlässlich der Einweihung des George-W.-Bush-Präsidentenzentrums an der Southern Methodist University in Dallas seinen Vorgänger mit überschwänglichen Lobeshymnen rühmte. Dem einst verhasstesten Präsidenten der USA beschied Obama „Großzügigkeit“ und – gleich zweimal – „Mitgefühl“. Diese Worte galten, wohlgemerkt, einem Mann, dessen Regierungszeit mit illegalem Krieg, Folter und Wirtschaftskriminalität untrennbar verbunden ist, der als Gouverneur von Texas mitleidlos 152 Exekutionen und damit mehr als jeder andere Gouverneur der modernen Geschichte der USA verantwortet, einen unprovzierten Invasionskrieg gegen den Irak mit bis zu einer Million Toten geführt sowie Misshandlungen und Folter an Gefangenen in US-Militärstützpunkten und weltweiten geheimen „schwarzen Standorten“ genehmigt hatte. Von alldem kein Wort, stattdessen solidarisierte sich Obama mit dem von Bush verkündeten „Krieg gegen den Terror“ und pries Bushs „unglaubliche Stärke und Entschlossenheit“ in seinem Bemühen jene, „die versuchen, unsere Lebensweise zu zerstören, [...] der Gerechtigkeit zuzuführen.“ Spätestens mit seiner Eloge auf Bush jun. hat Obama auch die letzte rhetorische Distanz zu seinem Vorgänger aufgegeben und stellt sich, wendiger und verlogener als sein Vorgänger, bruchlos in die Kontinuität imperialistischer US-Machtpolitik und arroganter Demokratieverachtung, die unser seiner Präsidentschaft einen neuen Höhepunkt erreicht haben.

Bekanntlich hatte Obama als Senator und auch als Präsidentschaftskandidat den Kurs der Bush-Regierung vehement attackiert. Er empörte sich über Folter in geheimen CIA-Lagern, geißelte Misshandlungen in Abu Ghraib und Guantánamo und warnte, die USA dürften dem „Anti-Terror“-Krieg nicht Recht und Freiheit opfern. Ostentativ verbot er einen Tag nach seiner Amtseinführung „Waterboarding“ und ähnlich aggressive Verhörmethoden. Seine Order vom 20. Januar 2009, das Gefangenenlager Guantánamo binnen eines Jahres zu schließen, wurde weltweit als Signal für einen Neubeginn gedeutet. Die Gefangenen von Guantánamo, so Obama, sollten entweder vor Gericht gestellt oder entlassen werden. Auch kündigte er an, die CIA-Geheimgefängnisse zu schließen.

Millionen US-Bürger gaben Obama im November 2008 ihre Stimme, weil sie irrtümlich glaubten, er sei ein Antidot zur Bush-Cheney-Regierung. In Wirklichkeit aber bemühte er sich nach Kräften, der herrschenden Elite zu signalisieren, dass es einen „nahtlosen Übergang“ von der Bush-Administration zu seiner eigenen geben werde. Obama behielt Bushs Kriegsminister Robert Gates im Amt und übertrug Schlüsselpositionen im Sicherheitsbereich auf Offiziere und langjährige Mitarbeiter der US-Geheimdienste, die für das Folter- und „Extraordinary Rendition“-Programm der Bush-Regierung mitverantwortlich waren.

Schon im Mai 2009 tat sich zwischen Obamas rhetorischen Bekenntnissen und seinem praktischen Tun eine Kluft auf, die sich seither unablässig vergrößert hat. Obama übernahm, freilich

ohne dies offen einzuräumen, die Eckpfeiler von Bushs „Global War on Terror“ (GWOT), auch wenn er den Terminus regierungsintern tilgen ließ. Am 1. März 2010 verlieh Obama der zuvor vom Kongress beschlossenen Verlängerung spezieller Bestimmungen des USA PATRIOT Act durch seine Unterschrift Gesetzeskraft. Als der Kongress am 26. Mai 2011 drei Bestimmungen des Gesetzespakets – darunter die richterliche General-Erlaubnis des FBI zum Abhören jeglicher Kommunikationsmittel eines Terror-Verdächtigen, die Genehmigung zum „Zugriff auf Geschäftsbücher und Sachvermögen“ sowie die elektronische Überwachung von Terror-Verdächtigen, auch US-Bürgern – für vier Jahre bis zum 1. Juni 2015 verlängerte, unterschrieb Obama auch dies. Von den Medien kaum beachtet, setzte der US-Präsident am 31. Dezember 2011 den National Defense Authorization Act (NDAA) – den US-Verteidigungshaushalt 2012 – mit seiner Unterschrift in Kraft. Danach kann jeder US-Amerikaner, der mit der Politik der US-Regierung nicht einverstanden ist, als „Terrorverdächtiger“ eingestuft und vom US-Militär auf unbestimmte Zeit inhaftiert werden.

Zwar stoppte Obama offiziell Exzesse wie das „Waterboarding“ und andere Foltertechniken, doch tat er alles, um die Täter vor Strafverfolgung zu schützen. Trotz der erdrückenden Beweislast dafür, dass es seit den Anschlägen vom 11. September zahlreiche Fälle von systematischer Misshandlung und Folter in US-Gewahrsam gegeben hat, wurde kein einziger ranghoher Regierungsvertreter zur Rechenschaft gezogen. Lediglich einige wenige einfache Soldaten wurden bislang bestraft. Am 30. August 2012 gab US-Justizminister Eric Holder bekannt, dass die einzigen strafrechtlichen Ermittlungen, die das Justizministerium unter der Leitung von Staatsanwalt und Sonderermittler John Durham zu den mutmaßlichen Misshandlungsfällen in US-Gewahrsam aufgenommen hatte, eingestellt würden, ohne dass es zu einer Anklage gekommen war. Bereits am 30. Juni 2011 hatte Holder den Umfang der Ermittlungen von ursprünglich 101 auf lediglich zwei Fälle beschränkt. In beiden Fällen waren die betroffenen Gefangenen gestorben, der eine in Afghanistan, der andere im Irak. Eingeschränkt hatte die Obama-Regierung die Ermittlungen aber auch dahingehend, als nur Fälle untersucht wurden, die über die von der Bush-Administration genehmigten Methoden hinausgingen. Folterpraktiken wie „Waterboarding“ u.a. Techniken, welche die Juristen der Regierung Bush gebilligt hatten, obwohl sie gegen nationales wie internationales Recht verstoßen, wurden daher bei den Ermittlungen überhaupt nicht berücksichtigt.

### **Keine Schließung Guantánamos**

Zwar behauptet der US-Präsident, „fleißig daran [zu] arbeiten, das Gefängnis Guantanamo Bay zu schließen“, doch auch fünf Jahre nach seinem Amtsantritt ist die Schließung des Sonderlagers auf Kuba in weiter Ferne, werden dort hungerstreikende Gefangene zwangsernährt und Folteropfer der CIA vor sogenannte Militärkommissionen gestellt, in denen ihre Rechte eingeschränkt sind und ihr Leben auf dem Spiel steht. Ein Großteil der noch in Guantánamo Inhaftierten wurde inzwischen von US-Gerichten (im Zuge ihrer Haftprüfung) für unschuldig erklärt. Dennoch werden sie weiterhin in Guantánamo festgehalten. Im Juni 2013 beugte sich das Pentagon endlich öffentlichen Druck und legte erstmals eine Liste der Namen aller Guantánamo-Gefangenen vor. Demnach werden dort noch immer 166 Personen festgehalten. Darunter sind auch 46 sogenannte „unbefristete Häftlinge“, angebliche Terrorverdächtige. Diese seien zu gefährlich, um sie freilassen zu können, behauptet die US-Regierung. Darüber hinaus verwehrte auch die Obama-Regierung Insassen des früheren US-Foltergefängnisses Bagram in Afghanistan das Recht, gegen ihre langjährige Gefangenschaft (ohne Anklage) vor US-Gerichten zu klagen. Um Klagen von Folter- und Entführungsoptionen abweisen zu lassen, beruft sich die Obama-Regierung – ebenfalls ganz wie ihrer Vorgängerin – auf angebliche „Staatsgeheimnisse“. So versucht sie zu verhindern, dass zivile US-Gerichte die Politik der Bush-Administration auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüfen.

Selbst ihre ursprüngliche Absicht, die Inhaftierung so genannter „illegaler feindlicher Kämpfer“ gesetzlich zu regeln, hat die US-Regierung mittlerweile fallen gelassen. Wie zuvor die Bush-

Regierung stützt sich auch die Obama-Administration auf die „Authorization for Use of Military Force“ (AUMF), die der Kongress nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 verabschiedet hatte.

### **Eskalation extralegalen gezielter Tötungen**

Um einerseits die militärische Agenda der Bush-Regierung fortzusetzen, andererseits aber die Wiederholung von deren größtem Fiasko, einem Bodenkrieg, zu vermeiden, hat der Friedensnobelpreisträger Obama den unter Bush nach dem 11. September begonnen und seit 2004 systematisch geführten Drohnenkrieg am Hindukusch, in Pakistan und im Jemen massiv ausgeweitet. Das gezielte Töten von mutmaßlichen Al-Qaida- oder Taliban-Kämpfern durch paramilitärische Teams der CIA, des Joint Special Operations Command (JSOC) des Pentagon oder durch unbemannte bewaffnete Flugzeuge durch Killer-Drohnen ist unter Obama nachgerade zum Markenzeichen der US-amerikanischen „Anti-Terror“- und Aufstandsbekämpfungsstrategie geworden. Solche extralegale Tötungen mögen aus Sicht der US-Regierung den Vorteil haben, dass sie ihr aufwändige juristische Verfahren ersparen, bei denen sie nicht nur in Beweisnot geraten, sondern die darüber hinaus Dinge ans Tageslicht zerren könnten, deren Enthüllung für die Regierenden in Washington womöglich verheerende Folgen hätte, z.B. die Verstrickung der US-Geheimdienste in Al-Qaida zugeschriebene Terror-Operationen. Insbesondere bei der Hinrichtung Osama bin Ladens am 3. Mai 2011 durch ein US-Spezialkommando, die Präsident Obama und sein Stab voyeuristisch am Bildschirm verfolgten und die westliche Elite, darunter auch Bundeskanzlerin Merkel, freudig beklatschten, dürfte dieser Aspekt eine zentrale Rolle gespielt haben. Es verwundert nicht, dass Veteranen der Bush-Regierung deshalb voll des Lobes für den US-Präsidenten sind. John Rizzo, der unter Bush als oberster Hausjurist der CIA sämtliche Anti-Terror-Programme abgesegnet hatte, erklärte, Obama habe am Kurs „so gut wie nichts geändert“. Tatsächlich hat Obama den Kurs erheblich verschärft.

### **Zahlen und Opfer**

Da der Drohnenkrieg geheim und nach wie vor unter maßgeblicher Beteiligung der CIA geführt wird, gibt es weder über Angriffe noch Opfer absolut verlässliche Daten. Der „UN-Sonderberichterstatte zu Menschenrechten bei der Bekämpfung von Terrorismus“ Ben Emmerson stellte Mitte Oktober 2013 erstmals „offizielle“ vorläufige Zahlen der Vereinten Nationen zum Einsatz von bewaffneten Drohnen vor. Diese Zahlen liegen noch etwas unter den minimalen Schätzungen des Bureau of Investigative Journalism. Dieses gibt für Pakistan (2004 – 30. November 2013) insgesamt 380 Drohnenangriffe an (davon 329 unter Obama), durch die zwischen 2.534 und 3.642 Menschen getötet wurden. Für den Jemen (2002 bis 30. November 2013) werden 55 bis 65 Drohnenangriffe mit 269 bis 389 getöteten Menschen bestätigt, weitere 302 bis 481 Tötungen durch Drohnen vermutet. Im Jahr 2012 wurde die Zahl der Drohnenangriffe gegenüber dem Vorjahr fast verdreifacht, 2013 nochmals erhöht. Für Somalia (2007 bis 30. November 2013) werden vier bis zehn Drohnenangriffe mit neun bis 30 Toten gezählt.

Laut der von der UNO unter Berufung auf pakistanische Behörden veröffentlichten Zahlen sollen mindestens 400 der Todesopfer Zivilisten gewesen sein, weitere 200 müssten als sogenannte Nichtkämpfer betrachtet werden. Eine von Associated Press im Jahr 2012 durchgeführte Untersuchung kam zu dem Ergebnis, dass bei zehn über einen Zeitraum von 18 Monaten untersuchten Drohnenangriffen nach den Angaben pakistanischer Dorfbewohner nur 70 Prozent der Getöteten Militante gewesen seien, die restlichen 30 Prozent seien entweder Zivilisten oder örtliche Polizisten (tribal police) gewesen.

Den Drohnenkrieg der USA auf ihrem Territorium verurteilen Pakistans Politiker öffentlich zwar stets, hinter den Kulissen aber duldeten sie ihn lange Zeit. Die Erlaubnis der pakistanischen Regierung für die US-Drohnenangriffe innerhalb Pakistans erkaufte sich Washington durch

millionenschwere Zahlungen zur Unterstützung des „Anti-Terror-Kampfes“ bzw. indem sie der Regierung in Islamabad und dem pakistanischen Geheimdienst ISI einräume, auch deren Gegner auf die Tötungslisten zu setzen. Erst im Mai bezeichnete ein Gericht in Peshawar die Drohnenangriffe als Kriegsverbrechen. Amnesty International beklagt, die Menschen im Nordwesten Pakistans lebten in einer ständigen Atmosphäre der Angst. Viele fürchteten mittlerweile sogar, im Falle eines Angriffs den Verletzten zu helfen. Denn oftmals würden mehrere Raketen in Serie abgeschossen. Die späteren Geschosse töteten dann jene, die den Opfern der ersten Attacke helfen wollten.

Zwar geht der Großteil der Drohnenangriffe auf das Konto der USA, die im Rahmen des Krieges in Afghanistan die pakistanischen Grenzgebiete angreifen, die militanten Muslimen als Rückzugsgebiete dienen. Im Einsatz sind jedoch auch Maschinen aus Großbritannien und Israel. Als größtes Hindernis zur Ermittlung des Ausmaßes der Drohnenangriffe nennt Emerson die mangelnde Transparenz der betreffenden Staaten. Dies mache es extrem schwierig, die angebliche Präzision der Drohnenangriffe zu überprüfen und so gut wie unmöglich, die Zahl der zivilen Opfer in Pakistan, Somalia, dem Irak und dem Jemen abzuschätzen. Emerson forderte daher insbesondere Washington, aber auch Großbritannien und Israel, die Zahlen über Angriffe und Opfer von Drohnen-Attacken offenzulegen.

Zusätzlich zu den tödlichen Drohnenangriffen außerhalb bewaffneter Konflikte setzen oder setzten die USA Drohnen in den Kriegsgebieten im Irak, Afghanistan und Libyen ein. Gestartet werden die Tötungsmissionen in Afghanistan und im Irak, häufig auch von der US-Base Camp Lemonnier in Dschibuti sowie von einer nicht offiziell bestätigten Drohnenbasis in Saudi Arabien, weitere Drohnen haben die USA u.a. im Niger, in Japan oder in Italien (zur Überwachung des Mittelmeeres) stationiert.<sup>1</sup> Die zentrale Koordination der US-Drohnen-Operationen in Afghanistan erfolgt bis heute von der Creech Air Force Base in Nevada.

### **Gestiegene Zahl getöteter Zivilisten durch veränderte Zielerfassung**

Der Großteil der Drohnenangriffe wurde nach dem Amtsantritt von Obama im Jahr 2009 durchgeführt mit einem Höhepunkt im Jahr 2010. Der Anstieg ist zum Teil Resultat einer veränderten Ziel-Identifizierung und -erfassung. Zusätzlich zu den bis dahin üblichen „personality Strikes“, direkten Angriffe gegen auf Tötungslisten namentlich erfassten Personen, führt die CIA seit 2008 zunehmend so genannte „signature strikes“ durch, bei denen Menschen nur anhand von Lebens- und Verhaltensmuster anstelle eindeutiger Informationen ins Visier genommen werden, und die ohne genaue Kenntnis der Identität der Ziele angeordnet werden, wobei zumeist Zivilisten die Opfer sind. Solche Muster sind etwa „Männer im Militärdienstalter, die in einer bestimmten Region einer großen Versammlung beiwohnen.“<sup>2</sup> Laut aktuellem, internem Trainingshandbuch für Pentagonangestellte genüge bereits die Teilnahme an einer politischen Protestdemonstration, die als „leichte Form des Terrorismus“ gelte<sup>3</sup>, um von einer Drohne ins Visier genommen zu werden.

Diese „Signature strikes“ wurden mit demselben von Bush nach dem 11. September unterzeichneten „Presidential finding“ legitimiert, das sein Nachfolger Obama im Jahr 2009 mit seiner Unterschrift bekräftigte.

Mit dem Projekt „Naming the Dead“ hat es sich das Bureau of Investigative Journalism zur Aufgabe gemacht, die Namen und die Geschichten der Getöteten zu ermitteln, unabhängig von den

---

<sup>1</sup> Thomas Mikan, Der US-Drohnenkrieg und die Rolle Deutschlands, Informationsstelle Militarisierung (IMI) 28 Ausdruck Dezember 6/2013.

<sup>2</sup> Jeremy Scahill, Schmutzige Kriege. Amerikas geheime Kommandoaktionen, Antje Kunstmann Verlag München 2013, S. 311.

<sup>3</sup> Rainer Rupp, „Drohnenkrieger. Obama baut Polizeistaat aus“, junge Welt, 21.10.2013.

gegen sie erhobenen Beschuldigungen. „Kontaktschuld“ nennt Jeremy Scahill<sup>4</sup> einen solchen Tötungsgrund, bei dem eine Person allein aufgrund ihrer Nähe zu Menschen, die bereits auf der US-Tötungsliste stehen, selbst auf eine solche Liste geraten kann. Alle Personen, deren Namen auf einer derartigen Liste stehen, werden in der Regel ohne Gerichtsverfahren getötet. Es wird keine Anklage erhoben, auf welche die beschuldigte Person reagieren kann. Sie kann sich ihren Verfolgern nicht stellen, da sie von der gegen sie erhobenen Beschuldigung und der Aufnahme in eine solche Liste nichts erfährt; sollte sie aber doch davon erfahren, besiegelt sie mit jedem Versuch einer Kontaktaufnahme, etwa via Mobiltelefon, ihren Tod, weil sie ihren Verfolgern damit ihre Zielkoordinaten verrät.

Aus einer Zusammenfassung eines von der Zeitungsgruppe McClatchy veröffentlichten, als geheim eingestuften US-Geheimdienstbericht geht hervor, dass die CIA die Identität von rund einem Viertel der in Pakistan über einen Zeitraum vom 3. September 2010 bis 30. Oktober 2011 von Drohnen getöteten Personen nicht angeben kann. Diese wurden routinemäßig als „andere Militante“ klassifiziert, eine Bezeichnung, die gebraucht wird, wenn die CIA eine konkrete Verbindung nicht feststellen kann. Eine frühere von McClatchy veröffentlichte Zusammenfassung über Drohnen-Angriffe enthüllte, dass es sich bei mindestens 265 von 482 Personen, die von der CIA in einem Zeitraum von 12 Monaten bis Ende September 2011 getötet wurden, nicht um ranghöhere Al-Quaida-Führer handelt; diese wurden stattdessen als „Afghanen“, „Pakistani“ und „unbekannte Extremisten“ „eingestuft“. Nach Medien-Angaben kamen im selben Zeitraum lediglich sechs hochrangige Al-Quaida-Führer durch Drohnen-Angriffe ums Leben. Amnesty International wirft US-Präsident Barack Obama daher vor, zivile Opfer bewusst in Kauf zu nehmen.

Ein Drohnenreport von Human Rights Watch hat die Situation im Jemen unter die Lupe genommen und stützt sich auf 90 Interviews, darunter Gespräche mit Verwandten der Getöteten, Augenzeugen, Regierungsvertretern, Anwälten. Untersucht wurden sechs gezielte US-Tötungsaktionen, die zwischen 2009 und 2013 stattfanden. Insgesamt sollen bei den untersuchten Angriffen 82 Menschen gestorben sein, mindestens 57 davon Zivilisten. Obwohl Obama im Mai 2013 einen „grundlegenden Kurswechsel“ im „Krieg gegen den Terror“ sowie eine starke Einschränkung der Drohneneinsätze außerhalb von Kriegsgebieten angekündigt hatte, wobei Opfer müssten nahezu ausgeschlossen werden müssten, gehen selbst die „Signature strikes“ unvermindert weiter.

### **Geheime Memoranden**

Eine neue Dimension erreichte das unter Obama exzessiv ausgeweitete Programm extralegaler Tötungen am 30. September 2011, als der radikale islamische Geistliche („Hassprediger“) und Us-Staatsbürger Anwar al-Awlaki, der in den Vereinigten Staaten als Sohn jemenitischer Eltern geboren wurde zusammen mit drei weiteren Männern – einer davon, Samir Khan, ebenfalls amerikanischer Staatsbürger – von einer Rakete in die Luft gesprengt wurde, die eine CIA-Drohne im Nordjemen abgeschossen hatte. Anwar al-Awlakis sechzehnjähriger Sohn Abdulrahman wurde am 14. Oktober 2011 bei einem weiteren Drohnenangriff in einem anderen Teil des Jemen zusammen mit sieben weiteren Opfern getötet. Ohne Beweise dafür vorzulegen, behauptete die Obama-Regierung, bei Awlaki habe es sich um einen hochrangigen „operativen Führer“ von Al-Quaida auf der Arabischen Halbinsel gehandelt, und rechtfertigte den Mord als präventive Militäraktion – nahezu wortgleich wie die Bush-Regierung zuvor.

General Michael Hayden, der als Direktor der National Security Agency (NSA) ein geheimes, großflächiges Abhörprogramm aufgebaut hatte, ehe er als CIA-Direktor den Drohnenkrieg der USA verantwortete, brachte am Beispiel Awlakis auf den Punkt, wie sich der „Anti-Terror“-Krieg unter Obama verändert habe. Zu Bushs Zeiten „brauchten wir eine gerichtliche Anordnung, um ihn

<sup>4</sup> Jeremy Scahill, a.a.O, S. 580.

abzuhören“, sagte Hayden der *Los Angeles Times*. Nun aber, unter Obama, „brauchen wir keinen Gerichtsbeschluss, um ihn zu killen“.

Wie der US-Journalist Mark Mazetti aufzeigt, segnet Präsident Obama die von seinem früheren „Anti-Terror“-Berater und amtierenden CIA-Chef John O. Brennan erstellten Tötungslisten persönlich ab. Mindestens 326 tödliche Attacken habe Obama höchstpersönlich abgezeichnet, schreibt Mazetti in seinem im Herbst 2013 erschienen Buch „Killing Business“<sup>5</sup>. Weit davon entfernt, sie zu bereuen, ist Obama auf seine Tötungsbefehle sogar noch stolz. Das legt zumindest eine neue Biographie des Präsidenten („Double Down. Game Change 2012“) der beiden Journalisten Mark Halperin und John Heilemann nahe. „Ich bin wirklich gut darin, Leute zu töten“ – das soll Obama im vergangenen Jahr bei einem Gespräch mit engen Beratern über den Drohnenkrieg gesagt haben. Um das Völkerrecht und selbst die US-Verfassung schert sich der US-Präsident dabei genauso wenig wie sein Vorgänger. Trotz dieses offenen Bekenntnisses will sich die Obama-Regierung nicht in die Karten schauen lassen. Schon mehrfach ist sie vor Gericht gezogen, um Forderungen von Menschenrechtsorganisationen nach Herausgabe von Dokumenten im Zusammenhang mit den CIA- und JSOC-Tötungsaktionen sowie den sie legitimierenden geheimen Rechtsgutachten abzuweisen. Der Vorwand ist immer der gleiche: Es handle sich um Staatsgeheimnisse, ihre Aufdeckung gefährde die nationale Sicherheit.

Bereits im Jahr 2010 verfasste die Obama-Regierung ein geheimes juristisches Memorandum, in dem behauptet wird, der Präsident habe die Befugnis, die Ermordung eines US-Bürgers ohne Gerichtsverfahren anzuordnen – trotz einer Verfügung des Präsidenten, das Tötungen verbietet, trotz eines Bundesgesetzes gegen Mord, trotz der Schutzklauseln in der Freiheitsurkunde der Bill of Rights (der US-Freiheitsurkunde) und trotz mehrerer Einschränkungen im internationalen Kriegsrecht. Von dieser Vollmacht wurde bei der Ermordung al-Awlakis Gebrauch gemacht. Verfasst wurde das Memorandum vom Rechtsbüro des Justizministeriums (Justice Department’s Office of Legal Counsel) verfasst, derselben Regierungsstelle, die unter der Bush-Regierung die berüchtigten „Folter-Memos“ verfasst hatte, um die von der CIA und dem Militär angewendeten „verschärften“ Verhörmethoden zu rechtfertigen.

### **Permanenter Ausnahmezustand**

Ein Bericht des Nachrichtendienstes Reuter vom Oktober 2011 enthüllt, dass eine geheime Unterabteilung des Nationalen Sicherheitsrats des Weißen Hauses die Namen von US-Militanten wie Anwar al-Awlaki auf eine Tötungs- oder Verhaftungsliste setzt. Laut dem Bericht gibt es „keine öffentlichen Nachweise über die Tätigkeit oder die Entscheidungen dieses Gremiums“, das hätten einige gegenwärtige und ehemalige Beamte erklärt: „Es gibt kein Gesetz, das seine Existenz begründet oder die Regeln festlegt, nach denen es arbeiten soll.“ Anfang März 2012, nicht lange nachdem US-Präsident Obama den Drohnenkrieg der USA erstmals eingeräumt hatte, verteidigte sein Justizminister Eric Holder in einer Rede vor der juristischen Fakultät der Universität von Chicago das Recht des Präsidenten, die Entführung oder Inhaftierung jeder Person irgendwo auf der Welt anzuordnen und diese Person anschließend vor ein Militärgericht stellen zu lassen. Holder sprach Obama auch das Recht zu, ohne jegliche juristische Prüfung Todesurteile für jedwede Person, einschließlich US-Staatsbürger, auszustellen. Wörtlich erklärte er: der Präsident brauche keine „juristische Zustimmung“, um dieses Recht auszuüben. Um die angebliche Verfassungsmäßigkeit derartiger Morde zu belegen, differenzierte Holder zwischen „rechtsstaatlichem“ und „juristischem Vorgehen“. „Die Verfassung garantiert rechtsstaatliches, nicht aber juristisches Vorgehen“, behauptete er. Tatsächlich enthält die Bill of Rights – die ersten zehn Zusätze zur US-Verfassung aus dem Jahr 1791 – zahlreiche Garantien für gerichtliche Verfahren: das Recht auf einen schnellen und öffentlichen Prozess, das Recht auf eine unparteiische Jury, das Recht auf einen Anwalt, das Recht auf den Verzicht von unter Folter oder auf andere Weise unrechtmäßig erpresste Beweismittel, das

<sup>5</sup> Mark Mazetti, *Killing Business – Der geheime Krieg der CIA*, Berlin Verlag, Berlin 2013.

Recht, dem Ankläger gegenüber gestellt zu werden und das Recht, keiner grausamen oder ungewöhnlichen Bestrafung ausgesetzt zu werden. Das im fünften Zusatz zur Verfassung garantierte Recht auf einen fairen Prozess – „Keinem Menschen ... darf Leben, Freiheit oder Besitz ohne einen fairen Prozess verwehrt werden“ – verbietet klar und eindeutig jegliche Hinrichtung außerhalb der Legalität. Holders spitzfindige Unterscheidung zwischen rechtsstaatlichem und juristischem Vorgehen ist ein fadenscheiniger Versuch, eine pseudo-legalistische Rechtfertigung für die Suspendierung demokratischer Rechte zu konstruieren, mit der selbst noch die Errichtung eines offenen Polizeistaats vereinbar wäre. Legitimiert sieht Holder all dies durch den „Krieg gegen den Terror“: „Wir sind eine Nation im Krieg“, die USA befänden sich in einer „Stunde der Gefahr“. Diese Argumentation unterscheidet sich kaum von der Doktrin des Nazi-Kronjuristen Carl Schmitt, wonach nationale Sicherheit und militärische Notlage einen „Ausnahmestand“ rechtfertigten, der es erlaube, grundlegende demokratische Rechte beliebig einzuschränken, Gesetze außer Kraft zu setzen und der Exekutive außerordentliche Machtbefugnisse einzuräumen.

### **Tötungslisten und NSA-Überwachung**

Gegenwärtig entwirft die CIA eine Liste von Zielen, die von dem Chefberater der CIA überarbeitet und abgezeichnet werden. Mehrere Juristen aus der CIA-Chefetage verfassen ein „Fünf-Seiten-Dossier“, in dem die Zielerfassung eines Individuums gerechtfertigt wird. Das alles geschieht unter strikter Geheimhaltung, wie sie beim US-Militär kaum möglich wäre. Für die Bürgerrechtsorganisation American Civil Liberties Union (ACLU) ist offensichtlich: „Wir sehen, wie sich die CIA immer mehr in eine paramilitärische Organisation verwandelt, allerdings ohne die Aufsicht und die Verantwortlichkeit, die wir traditionell vom Militär erwarten“. Drohnenangriffe führt allerdings nicht nur der US-Auslandsgeheimdienst durch, sondern auch das US-Militär. Seit der Amtszeit von Donald Rumsfeld wurden dort parallele geheimdienstlich-paramilitärische Strukturen aufgebaut. Gleichzeitig wurden in wachsendem Umfang Söldner im Auftrag der CIA tätig, was eine schleichende Privatisierung des Krieges bewirkte. In der Folge, so Mazzetti, entstand ein „militärisch-geheimdienstlicher Komplex“ staatlicher Stellen und privater Dienstleister, die Hand in Hand, bisweilen aber auch gegeneinander arbeiten, wobei „die Tätigkeit von Soldaten und die von Agenten“ zunehmend verschwimmt und heute „kaum noch zu unterscheiden“ ist.

Eine zentrale Rolle in dem Programm gezielter Tötungen der CIA spielt der Geheimdienst National Security Agency (NSA), das wurde spätestens Mitte Oktober 2013 durch die Enthüllungen von Edward Snowden aufgedeckt. Demnach ist die CIA bei der Durchführung ihrer Drohnenangriffe erheblich auf die Fähigkeiten der NSA angewiesen, weltweit massenhaft Daten und Informationen abzuschöpfen, um Aufenthaltsorte oder Lebensmuster von Personen mit Hilfe von Signals Intelligence (SIGINT) zu erfassen. Darüber hinaus soll eine spezielle Geheimabteilung gegründet worden sein, die sich auf untergetauchte Terroristen konzentriert. Die Einheit trage den Namen „CT MAC“, die Abkürzung für „Counter-Terrorism Mission Aligned Cell“.

### **Die Rolle Deutschlands**

Laut einem Bericht von Amnesty International hat auch Deutschland die US-Drohnenangriffe mit Geheimdienstinformationen unterstützt. So liefern deutsche Geheimdienste beispielsweise Handydaten, die indirekt zu Tötungen in Pakistan führen. AI beruft sich dabei auf die Aussagen pensionierter pakistanischer Geheimdienstoffiziere aus diesem und dem vergangenen Jahr. Der Pakistan-Experte von Amnesty International, Mustafa Qadri forderte die Bundesregierung auf, sich nicht länger auf die Behauptungen der USA zu verlassen, wonach das Völkerrecht eingehalten werde, und die rechtswidrigen US-Drohnenangriffe nicht weiter zu unterstützen. Viele Indizien sprechen dafür, dass der US-Drohnenkrieg auch von deutschem Hoheitsgebiet aus koordiniert wird, etwa über das Africom in Stuttgart sowie die US Air Base in Ramstein. Durch die von der US-Armee geplanten Drohnenflüge zu Trainingszwecken bei Grafenwöhr würde deutsches Territorium darüber

hinaus für aus Europa kommende Soldaten die letzte Trainingsstation vor dem echten Einsatz im Drohnenkrieg.

### **Militarisierung der US-Strafjustiz**

Auch an der US-Heimatfront, beim Aufbau der Rahmenbedingungen eines Polizeistaates, hat US-Präsident Obama seinen Vorgänger Bush mittlerweile überflügelt. So ließ er nicht nur zu, dass Hunderten Millionen von Menschen durch die NSA unter Bruch der US-Verfassung überwacht wurden, Obamas Justizministerium erlaubte den Ermittlern von FBI und CIA beispielsweise auch, den überlebenden Attentäter von Boston, den US-Staatsbürger Dschochar Zarnajew stundenlang ohne Anwalt und ohne vorherige Verlesung seiner Rechte zu verhören. Der „Anti-Terror“-Einsatz in Boston sei nur „die Spitze des Eisbergs“, urteilt Rechtsprofessor Jeffrey Rosen. Obama habe per Verordnung – also ohne Gesetz – gebilligt, Schutzrechte namens der öffentlichen Sicherheit außer Kraft zu setzen. Damit treibe der US-Präsident nur voran, was unter seinem Vorgänger Bush begonnenen habe: „die Militarisierung von Amerikas Strafjustiz seit dem 11. September 2001“.

Während Obama die Nichteinleitung von Strafverfahren gegen die für Folter und Misshandlungen Verantwortlichen der Bush-Ära mit der Behauptung rechtfertigte, es sei „nicht die Zeit, unsere Energie und unsere Zeit mit Rückblicken und mit Zorn und Vergeltung [!] zu verschwenden“, prägen „Zorn und Vergeltung“ die Hetzjagd der Regierung auf jene, die in Obamas Lesart Amerikas „Sicherheit“ bedrohen: allen voran – darin dürfte sich der US-Präsident mit dem Gros der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Elite der USA, einschließlich der Mainstream-Medien, einig sein – Whistleblower und investigative Journalisten, die wie Julian Assange, Bradley Manning oder Edward Snowden, US-Kriegsverbrechen sowie schwere Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen enthüllen. Konsequentermaßen ignorierten die Behörden etwa Bradley Mannings Recht auf einen schnellen Prozess, stattdessen musste er drei Jahre auf den Beginn der Verhandlung warten, in dieser Zeit wurde er auf Anordnung der Regierung monatelang gefoltert. Obwohl der oberste Folterbeauftragte der UNO offiziell zu dem Schluss kam, dass sich die US-Regierung der „grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung“ von Bradley Manning schuldig gemacht hatte, ging der Prozess weiter. Dabei beschränkten Vertreter von Regierung und Militär den Zugang der Medien drastisch und zensurierten Hunderte von Seiten von Gerichtsdokumenten.

Allein Mannings Behandlung straft Barack Obamas Behauptung, die USA folterten nicht, Lügen. Bereits vor Beginn des Prozesses hatte Obama unter rechtswidriger Missachtung der Unschuldsvermutung dreist behauptet, dass Manning das „Gesetz gebrochen“ habe, also schuldig sei. Manning wurde angeklagt und zu 35 Jahren Haft verurteilt – nur weil er einige der Verbrechen des US-Imperialismus enthüllt hat, für die bisher kein einziger Regierungsvertreter zur Rechenschaft gezogen wurde.

Obamas Drohnenkrieg und die Jagd auf Regierungsgegner wie Manning, Assange und Snowden sind zwei Seiten einer Medaille. Es geht und ging den Regierenden in Washington noch nie um die Bekämpfung des Terrors, dessen sie sich im Gegenteil in ihrem „Krieg gegen den Terror“ nach Bedarf bedienen so wie er ihnen als Vorwand für ebendiesen dient. Es geht ihr vielmehr darum, all jene einzuschüchtern, zu terrorisieren und mundtot zu machen, deren Handeln die Potenz besitzt, einen breiteren Widerstand in der Bevölkerung gegen die US-Staatsverbrechen zu initiieren. Captain Joe Morrow, oberster Ankläger im Prozess gegen Bradley Manning, sprach es offen aus, als er erklärte, es sei die Absicht der US-Regierung, „jedem Soldaten, der erwägt, vertrauliche Informationen zu stehlen, eine Botschaft zu schicken, um sicherzustellen, dass so etwas nie wieder vorkommt.“

**Eine gekürzte Fassung des Textes erschien am 6. Januar 2014 in der Tageszeitung „junge Welt“ unter dem Titel „Obamas Henkermaschinen“, URL: <http://www.jungewelt.de/2014/01-06/014.php>**

© [www.globale-gleichheit.de](http://www.globale-gleichheit.de) 2014